

her, geschweige denn von der Schadensgröße, ein Vielfaches dessen, was normalerweise anfällt. Indes können wir von den 200 Fällen der klassischen Wirtschaftskriminalität kaum die Hälfte verfolgen – schon eine Einladung an jemanden, Straftaten zu begehen. Es ist bedrückend, so etwas feststellen zu müssen, insbesondere deshalb bedrückend, weil, und auch dahin geht eine Frage, weil in der Tat etwas durch eine gezielte Tätigkeit verhindert werden kann. Die Frage ging ja letztendlich dahin, wieviel Geld ist herauszuholen, wieviel Geld ist wieder zu sichern. Es ist eine ganze Menge, und zwar sowohl unmittelbar als auch mittelbar. Solange die Staatsanwaltschaft beim Landgericht personell in der Lage war, ein bißchen mit der Geschwindigkeit der Entwicklung der Fälle Schritt halten zu können, das ging bis zur ersten Hälfte 1991, waren wir in der Lage, in den entsprechenden Ermittlungsverfahren rd. 500 Mio. DM cash zu beschlagnahmen. Sie müssen wissen, daß man nicht einfach Geld so beschlagnahmen kann, wenn es vorhanden ist, sondern dazu bedarf es des Nachweises eines dringenden Tatverdacht, das heißt ein dringender Tatverdacht setzt eine bestimmte Ermittlungstiefe voraus. Die können Sie nur leisten, wenn Sie entsprechend Leute wiederum haben, die so weit vordringen können. Dann kommen Sie zum dringenden Tatverdacht, und dann können Sie das Geld wegnehmen, beschlagnahmen und dem Berechtigten wieder zuführen. Das ist der unmittelbare Erfolg – 500 Mio. Mark ist doch auch etwas, zu Anfang jedenfalls. Man darf nicht die mittelbare Hilfe vergessen, die durch entsprechende Ermittlungsverfahren möglich geworden ist, nämlich in der zivilrechtlichen Durchsetzung der Ansprüche der Geschädigten gegen die Täter, z. B. der Treuhandanstalt. Wenn man das mit einbezieht, kommt zu den 500 Mio. eine Milliarde noch hinzu, so daß also allein die Arbeit meiner Mitarbeiter von Oktober 1990 bis Mitte/Ende 1991 1,5 Milliarden eingebracht hat. Es lohnt sich also, wenn man uns läßt. Dankeschön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank. Wir wollen Sie lassen, wenn wir Ihnen dabei behilflich sein können, immer wieder.

– Pause

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen hier vorne vor allen Dingen ganz herzlich danken, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind, daß Sie Dinge, die belastend sind, die ärgerlich sind, die manchmal noch mehr sind, daß Sie die heute hier öffentlich machen, der Öffentlichkeit kundtun wollen. Die Spielregel ist: Die hier vorne sitzenden Damen und Herren stellen das vor, was sie zu diesem Thema als Zeitzeugen zu sagen haben, und die Mitglieder der Enquete-Kommission, das heißt die Abgeordneten und die Professoren, sind diejenigen, die dann nachher reagieren können. Es beginnt Herr Dietrich Pfeiffer aus Dresden.

Dietrich Pfeiffer: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte mich nochmals vorstellen, weil meine berufliche Entwicklung doch in gewissem Sinne zum Thema gehört. Ich bin gelernter Bankkaufmann,

Finanzökonom, und habe dann 24 Jahre in der halbstaatlichen Industrie gearbeitet als Prokurist und Geschäftsführer. 1957 nach Abschluß meines Fernstudiums wurde mir angetragen, in die SED einzutreten, dann könnte ich bei der Bank eine Abteilungsleiterstelle bekommen. Das habe ich abgelehnt, ich wollte eben meine Karriere nicht dem Parteiabzeichen verdanken und ließ mich nicht erpressen. Das einmal nebenbei, weil heute gesagt wird, man mußte ja in der SED sein. Man mußte gar nicht. Es waren 50 %, die ihre Karriere eben beschleunigen wollten. Das mal zur Einleitung.

Nach dieser Zeit 1984 hatte ich dann weiteren Ärger durch die Ausreiseanträge meiner Kinder und ging dann 7 Jahre als Hauptbuchhalter in einen größeren Dresdener Betrieb, den damaligen VEB Mühlenbau, bis 1990. Und von 1991 bis 1993 – ich bin seit 1. August wohlverdienter Altersrentner –, bis August 1993 bin ich dann bei der Treuhandanstalt, Niederlassung Dresden, als Beteiligungsreferent gewesen, also eine auch von der anderen Seite sehr interessante Tätigkeit, wenn auch nur im kleineren Maßstabe, in der Beteiligungsbearbeitung, also der Finanzierung, Betreuung und Kreditierung der Firmen. Zu diesen drei aufregenden Jahren folgendes. Die Ost-Ost-Seilschaften lernte ich zuerst kennen. Als Hauptbuchhalter eines Maschinen- und Anlagenbetriebes mit 1.400 Beschäftigten war ich ja für alles verantwortlich, was mit Geld und Zahlen zusammenhing bis zur Kreditbeschaffung, bis zum Exportergebnis und 1990 auch dann bis zur DM-Eröffnungsbilanz. Der Betriebsdirektor, ein fachlich äußerst unfähiger Genosse, brauchte mich in zunehmendem Maße, da er von kaufmännischen Dingen nicht die geringste Ahnung hatte, nur einer von vielen. Ich war der einzige Nicht-Genosse im Kreise seiner 15 Direktoren. Als im Juni 1990 dann bei der Treuhandanstalt in Berlin der VEB in eine GmbH umgewandelt wurde, mußte ich den Betriebsdirektor, das heißt jetzt Geschäftsführer, nach Berlin begleiten und ihn bei der Umwandlung unterstützen. Dabei versprach er mir die Stelle eines Prokuristen für die Zukunft, da ich ja als einziger von diesen komplizierten neuen Sachen eine Ahnung hätte. Es kam aber anders. Im Oktober 1990 wurde plötzlich ein neuer Stellenplan vorgelegt, der die Leitung der GmbH auf sechs Direktoren reduzierte und siehe da, alle sechs waren stramme Genossen. Meine Funktion bekam ein Mitglied der ehemaligen SED-Parteileitung, der schon als Absatzleiter versagt und von Bilanzen keinerlei Ahnung hatte. Im November 1990 wurde mir ein Aufhebungsvertrag aus strukturellen und gesundheitlichen Gründen angeboten, den ich auch unterschrieb. Ich wollte mit dieser Mafia nichts zu tun haben, die ihre Anweisungen offenbar immer noch von untergetauchten zentralen Parteileitungen bekam, denn dieser Schulterschluß der Genossen war typisch für die ganze Zeit damals in der Industrie, das war keine einmalige Sache, das muß eine Art konzertierter Aktion gewesen sein. Das haben Sie fast in jedem Betrieb gefunden. Die Reduzierung der Leitung und die Reduzierung des Betriebes ging immer zugunsten der Genossen und immer zu Lasten

der Nichtgenossen vor sich. Ich wollte also mit diesem Betrieb nichts mehr zu tun haben, war dann sogar zwei Monate arbeitslos und habe dann aber doch noch bei der Treuhandanstalt eine interessante Tätigkeit gefunden. Im Betrieb selbst – Mühlenbau – ging es mit diesem Leitungsniveau natürlich später schief. Infolge unzureichender Sanierungskonzepte mußte Ende 1991 die Liquidation eröffnet werden. Der Genosse Geschäftsführer wurde wegen Unfähigkeit von der Treuhandanstalt abgelöst. Aber man hat dann später, wenigstens ganze 150 Beschäftigte von ursprünglich 1400 durch eine Teilprivatisierung retten können.

Dieser Fall, also dieses Entfernen von Fachkräften zugunsten von Genossen, ist meiner Meinung nach kein Einzelbeispiel. Es beweist sich hier die Richtigkeit der Forderung der Belegschaften und der Betriebsräte in den neuen Bundesländern nach Ablösung der „roten Socken“ – dieser Ausdruck von Herrn Biedenkopf offiziell eingeführt – aus der ersten Leitungsebene. Ich habe bereits im Februar vor diesem Kreise kritisiert, daß die Bundesregierung das Gesetz über die Ausschreibung der Geschäftsführerstellen vom 13.9.1990 nicht in den Einigungsvertrag übernommen hat. Dadurch war es möglich, daß die Genossen unter sich blieben, alle unbequemen Nichtgenossen – sogar meist mit recht guten Fachkenntnissen und neuen Ideen – über die Stellenplankürzungen hinauswarfen und daß schließlich – leider – eine Vielzahl von Betrieben nur an der Unfähigkeit und Abwartehaltung ihrer hochdotierten Direktoren kaputtgingen. Diese Weichen waren bereits 1990 gestellt worden. Ich war im Juni 1990 hier in Berlin bei der Treuhandanstalt und war erstaunt, wen ich da alles fand – die gleichen Gesichter wie vorher, die Abteilungsleiter des Fachministeriums Maschinenbau wurden die gleichen Abteilungsleiter in der jungen Treuhandanstalt, die Kombinat-Generaldirektoren wurden Vorstandsvorsitzende der Aktiengesellschaften und Holdings und die Betriebsdirektoren wurden Geschäftsführer. Sie ernannten sich praktisch selbst und hielten sich meist noch jahrelang, einige sogar bis heute. Ich muß Ihnen aus meiner späteren Tätigkeit bei der Treuhand aber bestätigen, daß meiner persönlichen Meinung nach eine große Anzahl sächsischer Maschinenbaubetriebe – der Maschinenbau hatte es sowieso schon verdammt schwer – den Sprung in die Marktwirtschaft nur deshalb nicht geschafft hat, weil man bei einigen die roten Seilschaften beließ und die durchaus befähigten Leute der zweiten Reihe dadurch nicht zum Zuge kamen. Das hat Auswirkungen auch auf den äußerst niederen Stand der Industrie in den neuen Bundesländern gehabt.

Nun zu den West-Ost-Seilschaften: Ganz gleich, ob es sich um Treuhandbeziehungen oder nicht handelte, es ging alles immer nach dem gleichen Grundschema vor sich. Der Interessent aus den alten Bundesländern brauchte für den Einstieg in das große Geschäft in den neuen Ländern Betriebe, Immobilien, Absatz oder Klienten. Er brauchte zunächst eine ostdeutsche Kontaktperson.

In meinem Buch „Die Erbschaft“ habe ich das „den Türöffner“ genannt. Dafür eigneten sich die Genossen leider besonders gut, weil sie fachlich wie politisch um ihre Zukunft und die Erhaltung ihrer bisherigen Vorrechte fürchteten. Der „Wessi“, entschuldigen Sie den Ausdruck, brauchte nicht die meist unzureichenden Fähigkeiten, sondern nur die Informationskenntnisse seines ostdeutschen Mediums. Beispiele: Der von mir genannte Betriebsdirektor/Geschäftsführer im VEB Mühlenbau fand sofort Unterschlupf in einer ominösen Immobilienfirma in Dresden. Diese gehörte einem Spekulanten aus Kassel, dem man 1990 die Mühlenbau GmbH für ein Trinkgeld überlassen wollte. Das hatte ich damals in meiner Tätigkeit gerade noch verhindern können. Aber seine Bereitschaft, diesen Betrieb mit riesigen Grundstücken zu verschleudern, wurde dann damit belohnt, daß ihn dieser Spekulant in seinem Immobilienbüro unterbrachte. Mein früherer Generaldirektor im Kombinat Nagemma Dresden, der Genosse Grupe, ist nach wie vor Unternehmensberater der Firma Rinke-Treuhand Wuppertal, ich nenne heute im Gegensatz zum letzten Mal bewußt den Namen, und überprüft Treuhandbetriebe. Ich habe ihn in einem von mir zu bearbeitenden Betrieb in Schmiedeberg getroffen. Dort war er für die Firma Unternehmensberatung Rinke-Treuhand Wuppertal tätig. Meine Kritik wurde aus Wuppertal höflichst abgelehnt. Dann ist Ihnen als spektakulärster Fall gerade in Dresden der ehemalige Dresdner Oberbürgermeister Berghofer bekannt. Ich will jetzt nicht auf seine Wahlmanipulationen und Wohnungsenteignungen und viele Dinge eingehen. Maßgebend ist, daß er im Juni 1990 von der bekannten Häusler-Gruppe Bürobauten Stuttgart als Generalbeauftragter für Westdeutschland und Osteuropa übernommen wurde und der sächsische Wirtschaftsminister Schommer das noch mit dem Sektglas gegenüber Herrn Berghofer und Herrn Häusler dann sehr begrüßt hat. Die ganze Szene war meiner persönlichen Meinung nach äußerst makaber. Die gleiche Häusler-Gruppe übernahm aber auch den mir persönlich bekannten früheren Direktor der Gebäudewirtschaft Dresden, einen Herrn Hähnel, einen äußerst überheblichen Menschen, der in ganz Dresden bekannt war; er war zuletzt Direktor der Gebäudewirtschaft Dresden und das sind über 100.000 volkseigene Wohnungen. Dieser Mann hatte es 1990 fertiggebracht, ca. 30 Stasi- und NVA-Offiziere ohne jegliche Fachkenntnisse als Angestellte in der Gebäudewirtschaft unterzubringen. Erst als seine kleinen Mitarbeiter auf der Straße gegen den neuen Stasi-Kollegen demonstrierten, wurde er abgelöst. Für die Firma Häusler in Stuttgart blieb er natürlich ein Goldfisch. Das also nur an Beispielen, die mir persönlich sehr unangenehm aufgefallen sind.

Generell möchte ich gleich auch auf die Fragen an Herrn Dr. Krieger mit eingehen aus meiner Treuhandpraxis. Von den Geschäftsführern, natürlich in der Niederlassung Dresden, die mehr die kleinen und mittleren Betriebe hatte, wurden nach meinen Erfahrungen in zweieinhalb Jahren nur 10–20 % der Geschäftsführer von der Treuhandanstalt abgelöst, teils aus eigenen

Feststellungen, teils durch die Arbeit der Vertrauensbevollmächtigten, aber es waren eben nur 10–20 %. Da muß ich dazu ergänzen, weil vorhin jemand fragte, warum haben denn die Investoren dann auch nicht Kenntnis genommen von immerhin sehr großen Genossen, teils stasibelastet oder teils nicht, jedenfalls von den früheren sogenannten „roten Socken“ im übelsten Sinne, dann kann ich nur antworten: Warum sollte der Investor denn etwas dagegen haben? Es kam ihm ja entgegen. Dieser Mann, der um seinen Posten fürchtete, weil er fachlich keine anderen Kenntnisse hatte, der – wie ich mal gesagt habe – den Kopf zum Nicken und nicht zum Denken hatte, mit jahrelanger Praxis nur der Planerfüllung mit dem Taschenrechner, er hatte ja keine Innovation; geistig waren die meisten also durchaus nicht mehr in der Lage, vollkommen neu anzufangen. Diese Leute waren bestechlich in jeder Weise, das war doch günstig für den Investor, und außerdem, das habe ich selbst nun zigmal erlebt, hatten sie fachlich nicht die geringste Ahnung. Die Investoren brachten ihre Wirtschaftsprüfer und ihre Schätzer gleich mit, und dann wurden solchen Leuten in vertraulichen Gesprächen eben drei Millionen Rückstellung für angebliche ökologische Altlasten in die Bilanz gejubelt, um den Wert des Unternehmens um Millionen runterzusetzen. Von diesen SED-Geschäftsführern konnte kaum einer eine Bilanz lesen. Das ist die Praxis, wie das zugegangen ist, und damit schließt sich dieser negative Kreislauf wieder, warum die Investoren ja Interesse hatten, solche in meinen Augen durchschnittlich unfähigen Leute erstmal als Geschäftsführer zu behalten. Ich könnte diese Reihe noch weiter fortsetzen. Das erscheint mir aber vor allen Dingen deshalb sinnlos, weil die westdeutschen Seilpartner von der Richtigkeit ihrer Handlungsweise überzeugt sind. Auch bei einem stasibelasteten Generaldirektor – jeder Generaldirektor von den 300, die es gab, hatte mit der Stasi zu tun –, auch bei einem Generaldirektor kommt das Geschäft vor der Moral. Das muß also hier eindeutig gesagt werden.

Zu der Frage nach den Mitarbeitern der Treuhandanstalt selbst und solchen Ost-West-Seilschaften kenne ich einen einzigen Fall, wo ein Mitarbeiter der Treuhand, ein ostdeutscher noch dazu, sich hat in sehr dummer Weise einen Mercedes schenken lassen von einer Investorenfirma. Und als das dann herauskam und er fristlos entlassen wurde, ist er natürlich sofort von dieser Unternehmensfirma – das gibt es, Unternehmensmakler, die handeln mit ganzen Unternehmen – als Privatisierer wieder hochdotiert eingestellt worden. Also das ist der einzige Fall von Korruption, den ich direkt von Treuhandmitarbeitern kannte.

Letzter Teil: Die West-West-Seilschaften, die meiner Meinung nach unbedingt auch erwähnt werden müssen. Es geht hier nicht um Bestechlichkeit, und Sie werden verstehen, daß ich auch, was die Treuhandanstalt betrifft, hier keinerlei Namen oder irgendetwas nennen kann oder will. Ich möchte auch hier keine Kritik an der Treuhandanstalt, sondern nur eine Feststellung zu dieser ganzen

riesigen Branche von Unternehmensberatern, Wirtschaftsprüfern, Wirtschaftsjuristen, Rechtsanwälten und was es auf der ganzen Strecke gibt, die ja die Privatisierung entscheidend beeinflussen, anbringen. Diese Firmen, die ja alle ihre Zweigbüros in Dresden – wer eine renommierte Firma war, mußte in Dresden ein Zweigbüro haben – eröffnet hatten, veranlaßten die Treuhandanstalt über ihre in die Treuhandanstalt als Berater oder festangestellte Mitarbeiter delegierten ehemaligen Leute aus ihren Unternehmensbüros dazu, die Unternehmen zu Beraterverträgen, Gutachten, Vermögensbewertung in einem Maße zu zwingen, daß die Kosten in keinem Verhältnis zum Effekt standen. Es ging hauptsächlich darum, der Hauptfirma in München oder Stuttgart eben große Verträge zu bringen. Es gibt kleine Maschinenbaubetriebe, die haben 100.000 DM in einem Jahr ausgeben müssen für aufgezwungene Gutachten, Firmenprofile, Vermögensstatik. Die Kosten, ich habe es festgestellt, waren teilweise höher als sämtliche Lohnkosten des Betriebes. Das hat jetzt nichts mit Dingen in der Treuhand zu tun, sondern mit dem Einfluß, der ja über die in die Treuhand offiziell eingeschleusten Mitarbeiter dieser gewaltigen Unternehmensberatungskonzerne ausgeübt wurde. Genauso wurden die eingesetzten Berater und Beraterfirmen teilweise veranlaßt, ihren Kunden in den alten Ländern gezielte Hinweise auf günstigen Erwerbe von Betrieben und Immobilien zu geben. Dort hat also teilweise der Unternehmensberater oder Wirtschaftsprüfer Käufer und Verkäufer zugleich vertreten in einer Sache, was handelsrechtlich auch nicht einwandfrei ist. Das ganze hat natürlich den Treuhandbetrieben Millionenverluste eingebracht, die sich dann im Endeffekt in dieses riesige Milliardendefizit der Treuhandanstalt aus der Privatisierung einordnen oder – könnte man sagen – dort untergehen werden.

Als letztes rechne ich zur Seilschaftskriminalität, der Abg. Meckel hatte das angeschnitten, die Fälle der Begünstigung von westdeutschen Investoren gegenüber heimischen Bewerbern, wenn gezielte Indiskretionen an gute Bekannte aus den alten Ländern weitergegeben wurden oder Insiderwissen zugunsten von Verwandten genutzt wurde. Der Fall des sächsischen Ministerialbeamten Schlick, seiner Frau in Stuttgart als Käufer und der bekannten Rathmannsdorfer Forellenzucht, Sie werden es in der Presse gelesen haben, hat nur durch einen Selbstmord den Weg in die Presse und den Sächsischen Landtag gefunden. Es gibt meiner Meinung nach sicher noch viel mehr solcher Fälle, aber das sind eben Dinge, die in keiner Weise oder äußerst schwer zu beweisen sind. Abschließend bitte ich die Kommission, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß zusätzlich zu der Vertragskontrolle in der Treuhandanstalt, die seit diesem Jahr sehr verstärkt wird – mit Recht verstärkt wird die Nacharbeit an den Verträgen – der Bundesrechnungshof und die Staatsanwaltschaft noch in viel größerem Umfang als bisher Kontrollen in den Unternehmen selbst durchführen. Das bisherige Kontrollsystem in all

diesen Fragen gegenüber den Seilschaften hat jedenfalls – meiner Meinung nach – nicht ausgereicht.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich danke Ihnen, obwohl es mir schwerfällt, Ihnen zu danken. Denn das, was man hier hört, ist ja jetzt ganz dicht dran. Das, was uns von heute früh an beschäftigt hat, war ja noch, wenn Sie so wollen, so ein bißchen systematische Distanz. Aber dies ist ja eine Aufzählung von Grusel- und Horrornachrichten. Lassen Sie mich noch eine Empfindung loswerden. Mich wundert, daß hier an einer Stelle ein Herr, den ich gut verstehen kann, zweimal geklatscht hat, offensichtlich darüber, daß das, was hier gesagt worden ist, gesagt wurde. Aber wir haben über Dinge geklatscht, wo man im Grunde wahnsinnig werden kann. Also das ist doch kein Grund zum Klatschen. Da kann man sauer werden, wütend werden, protestieren oder was auch immer. Die nächste – ich vermute und befürchte, daß das wieder ins Gruselkabinett führen wird – ist Frau Edelgard Jeske aus Berlin.

(Die Sitzungsleitung übernimmt **Frau Abg. Michalk, CDU/CSU.**)

Edelgard Jeske: Meine Damen und Herren! Alles, worüber heute und hier diskutiert und referiert worden ist, war eigentlich zum Zeitpunkt der Wende schon erkennbar und eigentlich vorprogrammiert. Ich möchte mich kurz vorstellen. Ich arbeite in einer Gruppe von Praktikern, die sich in der Zeit der Wende zusammengefunden hatte, um den Prozeß der Umwandlung von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft zu begleiten und Vorschläge zu erarbeiten. Im Laufe der Zeit wurde dieses Thema aber immer mehr zurückgedrängt, und das Thema „Seilschaften“ stand bei uns auf der Tagesordnung. Zum Komplex „Seilschaften“ generell möchte ich sagen: Es ging uns bei unserer Arbeit nicht so sehr um den spektakulären Einzelfall, sondern wir wollten wissen: Handelt es sich um organisiertes Arbeiten? Wir wollten auf dieser Strecke feststellen, wie der Stand ist, diese Dinge bündeln, dann an die entsprechenden Verantwortlichen herantragen und sie zu Reaktionen auffordern.

Zum Thema „Seilschaften“ möchte ich noch vorausschicken: Jeder weiß, daß die SED eine Kaderpartei war; über die Nomenklatur realisierte sie ihren Führungsanspruch. Das muß man also alles so ein bißchen im Kopf haben, um diese Thematik der Seilschaften einordnen zu können. Und im Ergebnis des Ausleseprozesses, der sich ja in 40 Jahren in der DDR abgespielt hat und wo auch die Überprüfung jedes einzelnen Kadern, der eine Funktion einnahm, über das MfS erfolgte, war gewährleistet, daß nur solche Kader in die Funktionen kamen, die stromlinienförmig die Parteipolitik durchsetzten, die kompromißlos, wie immer so schön gesagt wurde, die Beschlüsse von Partei und Regierung in ihrem Verantwortungsbereich umsetzten. Diese Leute waren natürlich wunderbar angepaßt. Und mein Vorredner hat es ja sehr schön gesagt, sie waren auch wunderbar handhabbar im Prozeß der Umwandlung. Wie gesagt, in diesem Ausleseprozeß ergab sich eine Funktionärskaste, die alle Prozesse, alle Positionen besetzte. Anhand der Stasilliste, die in Halle

aufgetaucht ist, haben wir festgestellt, im Vergleich mit den Geschäftsführern, die in den Betrieben saßen, daß die Namen immer irgendwie ähnlich waren. Das waren also richtige Familienclans, die in diesem Falle in Halle das gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische Leben beherrschten. Natürlich wurden wir jetzt mißtrauisch, nachdem wir so viele Einzelinformationen hatten, und wollten wissen, läuft das flächendeckend überall gleich. Aus diesem Grunde haben wir eine Anfrage gestartet, die DDR-weit war. Und aufgrund der Hinweise, die wir aus diesen Bereichen bekamen – wir hatten also aus 35 Betrieben hier in Berlin Zuschriften und aus mehr als 60 Betrieben aus dem Dresdner Raum –, konnte man feststellen, hier läuft alles DDR-weit zeitgleich und nach gleichem Strickmuster. Es änderte sich ein bißchen, aber im Prinzip war immer das gleiche Schema erkennbar. Das war für uns natürlich sehr frappierend, denn eigentlich hatten wir gedacht, nachdem die Wende kam, hatten die Funktionäre ja keine Legitimation mehr, nachdem der Führungsanspruch der SED aus der Verfassung der DDR gestrichen war, hatten sie ja keine Berechtigung mehr, auf ihren Posten zu sitzen, denn sie hatten ja ihre Posten nur dem SED-Buch oder der Kaderpolitik der Partei zu verdanken. Das war für uns eigentlich Anlaß, an den „Runden Tisch“ zu gehen, aber es war sehr schwierig, mit unserem Vorschlag Gehör zu finden, der ganz konkret lautete, daß man mit den Manipulationen, die schon auch überall stattfanden und erkennbar waren, Schluß machen sollte, daß alle Leiter der mittleren und höheren Ebene sich einem Vertrauensvotum stellen sollten, daß die Kaderleiter, die vorher Parteisekretäre waren und jetzt überall Kaderleiter wurden, abberufen werden sollten mit sofortiger Wirkung und daß die Vernichtung und die Bereinigung der Akten, die überall zu beobachten war – zeitgleich immer komischerweise zu gleichen Zeitpunkten –, gestoppt werden sollte. Wir haben Anstrengungen gemacht, um über das Berliner Konsistorialamt an den „Runden Tisch“ zu kommen. Es wurde verhindert, gemauert, bis zum letzten Tag. Es ist dann nur gelungen, weil wir uns direkt an ein Mitglied des „Runden Tisches“ gewandt haben und man diese Sache nicht mehr verhindern konnte, weil er nachfragte, so daß unser Beschlußvorschlag an den „Runden Tisch“ kam, und natürlich hat er auch die Zustimmung der Versammelten gefunden, ausgenommen die PDS, logisch. Doch dieser Beschluß, der dort gefaßt worden ist, daß man also das so umsetzen sollte, wurde weder von der Modrow-Regierung, die ja noch im Amt war, noch von der de Maizière-Regierung umgesetzt. Auf Druck von einigen Belegschaften, denn diese Manipulationen liefen ja überall gleich, wurden durch den damaligen Wirtschaftsminister, Herrn Dr. Pohl, einige zögerliche Scheinaktivitäten eingeleitet. Aber bevor die griffen, mußte er seinen Hut nehmen, weil er mit Stasi-Kontakten sehr belastet war.

Es blieb also alles, wie es war, und das Gesetz zur Umwandlung der VEB in Kapitalgesellschaften öffnete nun endlich allen Begehrlichkeiten Tür und Tor.

Auf das sogenannte Volkseigentum hatten die Funktionäre ja ungehindert Zugriff. In Freibeutermanier wurde zu Lasten der Allgemeinheit an der Treuhand vorbei, die da schon existierte, aus dem herrenlosen Staatseigentum auf einmal Funktionärsigentum. Und wir hatten ja nun Erkenntnisse aus dem Betrieb, wir erlebten das ja täglich um uns herum. Also wollten wir uns natürlich an einige Ansprechpartner wenden, und was lag näher, als an die Treuhand zu gehen. Als wir dann das Mitarbeiterverzeichnis dieser Treuhandanstalt auf dem Tisch hatten, nämlich in Form des Telefonbuches, na, da sind wir ja bald umgefallen. Wir hatten auf einmal den Eindruck, daß wir das Handbuch der DDR-Nomenklatur auf dem Tisch hatten. Es saßen dort die Staatssekretäre, Staatsfunktionäre der DDR, die eigentlich die marode Wirtschaft zu verantworten hatten und die jetzt den Scherbenhaufen zu verwalten hatten in der Treuhand. Mit diesen Vorwürfen, die alle kamen, haben wir auch feststellen müssen, daß diese Genossen in der Treuhand irgendeinen Auftrag hatten. Sie guckten entweder verständnisvoll weg, wenn sie irgendetwas feststellten, bzw. sie kamen mit ihrem Insider-Wissen und gaben Tips, damit so oder so die Sachen laufen. Also im Prinzip war das ein Beziehungsgeflecht, was sich trug. Zum Zeitpunkt unserer Recherchen 1991 saßen in der Treuhand-Zentrale ca. 100 hochrangige Funktionäre aus der Kader-Nomenklatur, davon kamen 14 von den ca. 100 Staatssekretären und stellvertretenden Ministern aus den Industrieministerien. Der Arbeitsgruppenleiter Sondernomenklaturen der zentralen Kaderabteilung im Ministerrat der DDR saß in der Treuhand-Personalabteilung und machte praktisch das Personalkonzept. Er stellte ein, er entschied darüber, ob einer aus der Bürgerbewegung kommt oder ob einer aus dem SED-Pool kommt. Das haben wir da sehr genau festgestellt: Sechs hochrangige Funktionäre aus der SED-Bezirksleitung Berlin, Mitarbeiter des ZK-Apparates, Parteiorganisatoren des ZK, Parteisekretäre, ca. 20–30 leitende Mitarbeiter aus Gliederungen des Ministerrates, Direktoren von Kaderschmieden, z. B. der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, leitende Mitarbeiter des Koko-Imperiums, Verwalter, Verfügungsberechtigte über Koko-Konten und nicht zuletzt nach unserer Auffassung echte Exoten – insbesondere dann, wenn man sich die Aufgaben der Treuhandanstalt vergegenwärtigt –, z. B. einen ehemaligen Lehrer der Hochschule der Volkspolizei und Mitglied der Leitung des SC Dynamo. Mir ist unverständlich, was der bei der Privatisierung gemacht hat, aber er saß jedenfalls da. Wir wandten uns mit unseren Feststellungen an Gott und die Welt und zu allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten, aber so richtig war dieses Thema nicht interessant. Man hoffte, das wird sich auf den Osten beschränken lassen. Im Prinzip war man nicht sensibilisiert für dieses Thema. Und das war eigentlich das, was uns in die Wut trieb, weil wir sagten, das kann doch nicht wahr sein, hier gehen Gelder, hier gehen Millionen über den Jordan, es kümmert sich keiner darum. Und ich glaube, wir haben auch manchen Bundestagsabgeordneten genervt mit unserem immer wieder „Nun macht mal!“ und so,

also irgendwann kam es dann doch zu einer gewissen Änderung. Das war der 3. Oktober 1990 und im Nachhinein dann der Einsatz der Ombuds-Leute oder der Vertrauensbevollmächtigten, und wir haben ja eigentlich in Herrn Dr. Krieger einen Ansprechpartner gefunden, der sehr aufmerksam zuhörte, wo wir uns dann wenigstens hinwenden konnten. Das war sehr wichtig für uns, aber es ist traurig, daß man diese Dinge, die alle da in diesem Zusammenhang aufkamen, doch nicht global genutzt hat, um zu agieren. Man hat eben nur reagiert, und das ist der Vorwurf, den ich der Treuhand mache, weiterhin, daß die Vertrauensleute für die Treuhandzentrale selbst nicht zuständig waren, daß sie nur auf Hinweis tätig waren, daß ihre Vorschläge nur empfehlenden Charakter hatten, daß sie keine allgemeingültigen Kriterien erarbeiteten für den Umgang mit den Funktionärsträgern. Es ist für mich traurig, daß sie nur eine punktuelle Wirkung erreicht haben. Generell mit diesem Problem hat man sich nicht auseinandergesetzt.

Im Zuge unserer Nachforschungen kamen wir auch auf die Frage der Arbeitsämter. Im Zusammenhang mit unseren Aktionen erhielten wir natürlich auch Hinweise zu den Arbeitsämtern, und wir haben dann eine Dokumentation erarbeitet, die auch überall hingeschickt. Es gab wenig Reaktion, aber es kam zu einem Gespräch mit dem Vertreter der Personalgutachterkommission, und da stellten wir eben genau diese Dinge fest, die sich heute abgespielt haben. Man wiegelte entweder ab oder man war sich nicht im klaren, was man an Bord hatte. So wurden z. B. die konkreten Vorwürfe gegen den ehemaligen Stadtrat für Arbeit und Löhne beim Magistrat von Berlin so abqualifiziert: „Na ja, was ist denn das für ein Pöstchen gewesen, das ist ja wohl so das mindeste, was man hätte sein können“. Da waren wir natürlich schockiert, denn es war ein Funktionär, der genau wie alle anderen Funktionäre in diese Position gekommen ist, nachdem er gecheckt war, nachdem er seine Unbedenklichkeit, seine Loyalität und was dazu gehörte in die Waagschale geworfen hatte. Wir hatten sogar dieses Gespräch in der Treuhand geführt, um da diese Parallelen zu sichern, aber irgendwie kommt das einfach nicht an, weil man sich den Problemen auch nicht stellen will.

Es ist schön, daß ich heute hier gehört habe, daß sich ein Umdenken in der Treuhand entwickelt hat, aber eigentlich ist ja alles gelaufen. Die Treuhand ist ein Auslaufmodell. In den Betrieben und Einrichtungen dagegen haben die alten Strukturen überlebt, das ist für mich das Bitterste eigentlich, und sie haben sich gefestigt. Und wenn wir es geschafft haben, irgendwo hochrangige Funktionäre aus den Positionen herauszubekommen nach vielen Schwierigkeiten usw., dann tauchen sie in verantwortlichen Positionen in Beteiligungsunternehmen und in den Tochterunternehmen wieder auf, und im Prinzip ist damit nichts bewirkt, sie haben sich nur eine Etage niedriger wieder festgesetzt. Das größte Beispiel ist für mich wieder dieser Arbeitsgruppenleiter Sondernomenklaturen beim Ministerrat der DDR, der zuerst in der Zentrale

der Treuhandanstalt saß, der jetzt, nach meinen Informationen, wieder Personalleiter in der Bodenverwaltungs- und -verwertungsgesellschaft der Treuhandanstalt ist, wo neben ihm viele andere Genossen sich zusammengefunden haben.

Im Prinzip ist es auch das, was bei den Leuten heute dazu führt, daß sie keine Eingaben mehr beim Arbeitsamt machen, weil sie sagen: „Es tut sich ja doch nichts, wo ist denn jemand, wo ich mich hinwenden kann, wen kann ich gewinnen, wer ist Lobby für uns?“. Ich höre zwar immer gerade von westdeutschen Politikern, die recht weit in Bonn sitzen und scheinbar mit dem Problem nicht so vertraut sind, man solle doch endlich mit dieser Diskussion aufhören und die Ausgrenzung soll endlich aufhören. Ich frage mich bloß, wo werden diese Leute ausgegrenzt. Sie sind an den Schaltstellen, sie sitzen in den Betrieben an verantwortlichen Positionen, vielleicht werden sie im politischen Leben etwas ausgegrenzt. Aber über die wirtschaftliche Macht kann man da ja auch wieder etwas dran drehen. So richtig kann ich diesem allgemeinen Vorwurf, der hier immer so unterschwellig kommt, einfach nicht folgen. Es werden eher die anderen ausgegrenzt, die sowieso schon keine Chance hatten, die jetzt wieder keine Chance kriegen, weil sie keine Sprachrohre haben, keine Lobby, keine Interessenten. Und insofern finde ich es eben gut, daß heute in der Enquete-Kommission so ausgiebig über dieses Thema referiert worden ist und auch diese Dinge noch einmal aufgekocht werden, denn eigentlich haben wir ja alle schon resigniert. Wir haben ja schon aufgegeben. Ich merke es an uns selbst, wir sind ja mit so viel Vehemenz an diese Dinge herangegangen, und wir sagen jetzt „wozu?“. Wir können es nicht ändern, man muß mit den Dingen so leben, und das finde ich eigentlich sehr traurig. Denn wir waren ja angetreten im Herbst 1989, daß wir etwas verändern wollten, und im Prinzip haben wir alles in den Betrieben so behalten. Und diese Resignation, die sich überall abspielt, ist eigentlich auch dem geschuldet, daß man ja gar nicht erlebt, wie sich Demokratie in den Betrieben abspielt, das ist ja eigentlich unsere Erlebniswelt. Es sind die alten Strukturen, die das Sagen haben, und ich muß sagen, ich bin heute früh etwas schockiert worden, was hier im FOCUS über mich geschrieben wird. Wenn ich morgen in den Betrieb komme, weiß ich nicht, was da wieder losgeht. Wir sind hier wie konspirativ und versuchen, unsere Dinge zu machen. Wir haben keinen Schutz. Und man findet, wenn man Leute los sein will, die Möglichkeit, dann wird Ihnen fachliches Versagen oder was weiß ich, Störung des Betriebsfriedens oder was weiß ich, was man ihnen anhängt, vorgeworfen. Jedenfalls finde ich es notwendig, daß man sich diesen Fragen offen stellt. Man muß darüber reden und das auch in die Öffentlichkeit bringen. Es ist zwar schön, daß hier so viele Leute sind, aber es verlassen die Fragen der Belastung und diese Dinge eigentlich diesen Raum nicht. Es ist auch ein Problem, daß moderne Unternehmen, die ja soviel von Unternehmensphilosophie und von Firmenethos und weiß ich wovon reden,

sich hochbezahlte Stasileute als Berater oder Mitarbeiter leisten können. Ich kann das alles einfach nicht mit nachvollziehen.

Ich will jetzt hier aufhören, aber sagen, stellen Sie sich vor, wenn das Wahljahr 1994 kommt, was da passiert. Ich denke mir, daß da einige mit bestimmten und gezielten Indiskretionen an die Öffentlichkeit gehen und daß dieser Wahlkampf eine Schlammschlacht wird, wenn nicht sauber aufgearbeitet und offen über die Dinge geredet wird, ohne Ansehen der Personen, ohne Ansehen der Parteien. Da habe ich ganz große Befürchtungen, daß sich da etwas abspielen wird.

Eine Bitte habe ich noch: Was uns in diesem ganzen Prozeß auch sehr, sehr traurig stimmt, ist, daß gerade westdeutsche Personalleiter mit Klischees hier auftauchen und Personalpolitik machen, indem sie sagen, wer nicht in der SED war, der hatte natürlich kein Karrierebewußtsein. Und wer nicht in der SED war, dem fehlt natürlich auch Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber. Ich finde, das ist ja der Zynismus in Hochpotenz, das kann ja wohl nicht wahr sein. Aber nach diesen Kriterien wird dort in den Personalabteilungen Personalpolitik gemacht und ich finde, das ist ganz schlimm. Es entwertet Lebenshaltungen, das ist eine ganz schlimme Situation. Wenn jemand glaubt, das ist vielleicht aus der Luft gegriffen – ich könnte den Namen nennen. Der hat sich beworben und unter der Hand – man hat es ihm nicht offiziell gesagt – wurde ihm das als Grund dafür, daß er nicht genommen wird, gesagt. Ich denke, er hat kein Interesse, das zu erfinden, sondern es ist so. Ich muß sagen, die Erlebniswelt, die wir so haben, und da können viele anders reden, ist nicht so, wie sich manche das wünschen und sicherlich schönreden möchten. Es ist etwas anders. Schönen Dank.

Gesprächsleiterin Maria Michalk (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Jeske, für Ihr engagiertes Vortragen, und ich denke schon – das ist auch eine Hoffnung von mir –, daß es heute ein Signal nach außen gibt. Daß uns das Thema „alte Seilschaften“ sehr beschäftigt, sollte eben nicht nur in diesem Raum bleiben, das ist ja auch Sinn und Zweck der heutigen Veranstaltung. Jetzt will ich das Wort weitergeben an Frau Sybille Tonndorf-Ehrke.

Sybille Tonndorf-Ehrke: Verehrte Frau Michalk, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich zuerst für Ihre Einladung zur heutigen Anhörung vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages bedanken. Sie haben mir die Gelegenheit eingeräumt, stellvertretend für alle, die in gleicher oder ähnlicher Situation sind, zu sprechen. Seit 1.6.1991 bin ich Mitarbeiterin der Bundesanstalt für Arbeit, versee meinen Dienst im Arbeitsamt IX Berlin, z.Zt. abgeordnet zum Arbeitsamt VII. Daher möchte ich über meine Erfahrungen mit Führungskräften und Mitarbeitern, die ich in dieser Zeit gesammelt habe, berichten. In den ersten Monaten des Jahres 1990 wurden die heutigen Arbeitsämter der neuen Bundesländer unter dem Druck der schnell wachsenden Arbeitslosigkeit geschaffen. Diese war mit der Wende durch

den Zusammenbruch von Strukturen und desolate wirtschaftliche Verhältnisse plötzlich über die damalige DDR hereingebrochen. Es war also schnelles Handeln, um nicht zu sagen Eile bei der Schaffung dieser Institutionen geboten. Dieser Prozeß vollzog sich unter Führung der Regierung Modrow in Verantwortlichkeit der damaligen Arbeitsministerin Hannelore Mensch, zuvor 17 Jahre Mitglied der SED-Bezirksleitung Berlin. Ihre mit der Wende kurzfristig abgesetzten Gesinnungsfreunde konnten also guter Dinge sein. Hatte man ihnen zuvor ihre Personalakten oder, im ehemaligen DDR-Deutsch gesprochen, Kaderakten, natürlich auf Beschluß des Modrow-Kabinetts ausgehändigt, sahen sie jetzt ihrer Unterbringung in den neugeschaffenen Arbeitsämtern der Zentralen Arbeitsverwaltung entgegen. So wurden also diese Einrichtungen Auffangbecken für Arbeitskräfte des SED-Apparates, der im Kreuzfeuer politischer Kritik stand, sich auflösen oder Stellen abbauen mußte. Das ging alles ganz einfach, die Genossen wechselten nur ihre Schreibtische. Aus Mitarbeitern der SED-Kreisleitung, Agitatoren, Kaderleitern, Mitarbeitern der Abteilung Inneres – Ressort Ausreiseanträge, SED-Stadträten, sogenannten Führungskadern der Räte der Stadtbezirke wurden gut dotierte Mitarbeiter der Arbeitsämter, nicht zu vergessen natürlich die ehemaligen Ämter für Arbeit, die an der Spitze mit ihrem Direktor bzw. einer Direktorin, einem Berufungskader, bestätigt und eingesetzt von der SED-Bezirksleitung, Besitz von der neuen Wirkungsstätte ergriffen. Damit blieben selbstverständlich auch die SED-Parteigruppen erhalten, natürlich ohne Parteibuch.

Zunächst fielen die Manipulationen nicht auf. Als sich jedoch die Arbeitslosigkeit weiter verstärkte und bereits Hunderte täglich in die Arbeitsämter strömten, trafen die Besucher nicht selten auf alte Bekannte – SED-Leitungskader, wohlverwahrt in neuen Bürosesseln. Das führte oft zu öffentlichen Konflikten. Mit fortschreitender Ausprägung der Strukturen der Ost-Arbeitsämter entsprechend der bewährten Organisationsform der Arbeitsämter in Westdeutschland und mit dem Umfang der Aufgabenstellung wuchs auch der Personalbedarf – ein günstiger Zeitpunkt also, das zu vertuschen, was bereits in der Öffentlichkeit negative Aufmerksamkeit und Proteste hervorrief. Aus dem zahlreich vorliegenden Bewerberangebot wurden nun unbelastete SED-Mitglieder als zukünftige Mitarbeiter ausgesucht. Da aber die Dienstpostenverteilung in Regie der SED-Leitungskader bereits stattgefunden hatte, selbstverständlich unter dem Aspekt der Besitzstandswahrung, auch perspektivisch gesehen, wurden die übrigen, weniger lukrativen Dienstposten an jene verteilt, die später oder – um mit den Worten eines Verwaltungsober Rates der Bundesanstalt zu sprechen – zu spät kamen. Ja, wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Wer aber kam zu spät? Es waren die, die sich in der schwierigen Zeit des Umbruchs und der Veränderung zur Verfügung stellten, politische Verantwortung übernahmen, jene, die bisher von der Möglichkeit, das Leben aktiv mitzugestalten, ausgegrenzt waren in der Hoffnung auf eine neue Zukunft sich in den

sich neu konstituierten demokratischen Parteien und Institutionen engagierten. Währenddessen qualifizierten und strukturierten sich die Genossen. Sie gaben und geben sich die Chancen, weil einer den anderen stützt. Diejenigen, die also Macht und Einfluß behalten haben, grenzen uns weiter aus. Es war doch für sie alles ganz einfach, – anpassen, mitmachen und rechtzeitig zum Wendemanöver übergehen. Deshalb sind wir auch heute nicht in dieser vorteilhaften Situation, weil es an dieser Flexibilität fehlte. Es geht leider vielen Menschen so, und sie wollten auch nicht alle Arbeitsamtsdirektor werden – auch ich nicht –, aber eine Chance haben, eine Chance, die wir nicht mehr erhalten, weil sie der ehemalige SED-Funktionär schon lange erhalten hat. Wir kommen also doch zu spät. Man muß sich darüber im klaren sein, daß es kein schwierigeres Wagnis, keinen zweifelhafteren Erfolg und keinen gefährlicheren Versuch gibt, sich trotz dieser Hypothek aufzuwerten und eine neue Ordnung einzuführen. Jeder Neuerer hat alle die zu Feinden, die von der alten Ordnung Vorteile hatten und er hat an denen nur laue Verteidiger, die sich von der neuen Ordnung Vorteile erhoffen. Diese Lauheit kommt z.T. von der Furcht vor den Gegnern, die nun die Gesetze zu ihren Gesetzen nutzen können, teils von dem Mißtrauen der Menschen, die wirkliches Zutrauen zu den neuen Verhältnissen erst haben, wenn sie um deren Dauerhaftigkeit durch Erfahrung überzeugt worden sind. Daher kommt es, daß jene, die das Grundgesetz mit Füßen traten und den Rechtsstaat bei jeder Gelegenheit an den Pranger stellten, auch heute mit aller Leidenschaft die neue Ordnung angreifen und die anderen sie nur schwach verteidigen, so daß man sich bereits zusammen in Gefahr begibt. Sie fühlen sich für nichts schuldig, eher erhaben und wollen uns den richtigen Weg weisen. Es läßt sich eben mit Täterbewußtsein leichter vorgehen als mit Opferbewußtsein. SED-Funktionären bescheinigt man wieder außerordentliche Fähigkeiten und Tüchtigkeit. Mit dieser Lobhudelei macht man die Täter zu Opfern. Opfer aber werden verhöhnt und zu Querulanten abgestempelt, die weiter fertiggemacht werden. Was soll man auch mit ihnen anfangen? Renitent und bockig wollen sie sich nicht der Führung eines SED-Funktionärs anvertrauen. Diese unbequemen Leute und Störenfriede muß man wegräumen, und dafür gibt es auch Methoden. Denn es muß ja alles seine Ordnung haben. Wir alle, auch ich persönlich, sind bei unserer Konfliktbewältigung schon einen weiten Weg gegangen. Wenn Sie wissen wollen, warum ich das bisher ausgehalten habe, dann muß ich Ihnen mit den Worten von Christoph Oetinger antworten: „Herr, gib mir den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann. Herr, gib mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht mehr ändern kann und gib mir die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden“.

Ich möchte noch darauf eingehen, was die Konfliktbewältigung anbetraf, und den Weg, der hier gegangen worden ist, daß wir alleine gelassen wurden, auch von Beamten aus Westdeutschland, bei denen wir auf Verständnis hofften und um Vertrauen warben. Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen,

daß drei Jahre nach dem Ende eines 40jährigen Unrechtsregimes die erhoffte Gleichbehandlung und Gerechtigkeit für die Betroffenen ausgeblieben ist. Mit dem sogenannten „Schwamm drüber“, „die werden sich schon beruhigen“, ist uns nicht geholfen, weil die Beschädigung der Persönlichkeit bleibt. Es gibt viele, die sich nichts zu sagen trauen, weil sie schon wieder eingeschüchtert sind und Angst haben. Ich habe keine Angst mehr, denn ich habe nichts zu verlieren.

Gesprächsleiterin Maria Michalk (CDU/CSU): Auch Ihnen vielen Dank, Frau Tonndorf-Ehrke. Das war eine Fülle von Argumenten, die man jetzt gleich wieder einzeln wieder diskutieren könnte. Aber ich möchte erst Frau Dr. Fiedler aus Leipzig das Wort geben.

Dr. Marianne Fiedler: Gestatten Sie auch mir zunächst einige Bemerkungen zu meiner Person, da sie zum Thema gehören. Seit meiner Kindheit bin ich mit dem Sport, insbesondere mit den Sportspielen, sehr verbunden. Ich studierte und promovierte an der DHFK. Später arbeitete ich dann als Ordentliche Dozentin für Theorie und Methodik des Trainings am ehemaligen Forschungsinstitut für Körperkultur und Sport in Leipzig – Sie hörten heute schon davon von Herrn Prof. Pickenhain – und verfüge über langjährige Erfahrungen in Forschung, Lehre und Praxis im Sport. Weder gehörte ich der SED an – außer mir gab es nur noch einen parteilosen Dozenten, Herrn Dr. Schumann, auch schon genannt – noch bin ich doping- oder stasibelastet, Gauck-Bescheinigung liegt vor. Ich erfuhr, wie viele andere, zahlreiche Benachteiligungen und den psychischen Druck, den man als Parteiloser zu DDR-Zeiten erleiden mußte. Als Nicht-Arbeiterkind sollte ich, obwohl als Schulbeste abgeschlossen, nicht auf die Oberschule kommen. Bei der Aufnahme an der DFHK fand man es sehr bedenklich, daß ich angeblich einen angehenden Theologiestudenten zum Freund hatte. Das hätte fast nicht zur Aufnahme geführt. Mehrfach wurde Druck wegen Parteieintritts ausgeübt, selbst kurz vor der Verteidigung der Dissertation A. Was das bedeutet, wissen nur die, die das auch durchgemacht haben. Ich erhielt nicht eine an mich persönlich gerichtete Vorlesungseinladung nach Ägypten. 10 Jahre war ich namenloser Ideenlieferant für den Direktor des Instituts, usw. Im Gegensatz zu manch anderen Parteilosen hatte ich die Möglichkeit, mich zu qualifizieren. Allerdings mußte das alles erkämpft werden.

Anfang des Jahres 1990 wurde durch mich eine Demokratisierungsgruppe am Institut gebildet. Sie hatte die demokratische Erneuerung des wissenschaftlichen Lebens zum Ziel. Zusammen mit meinen Kollegen, besonders mit Herrn Dr. Schumann, engagierten wir uns dafür auf vielfältige Weise, was oft genug auf Widerstand stieß. Im folgenden möchte ich Ihnen einen Eindruck vermitteln, auf welche Art und Weise man nach der Wende versuchte, mich und zum großen Teil auch meinen Mitsstreiter Dr. Schumann ins Abseits zu stellen. Man wandte dabei die Methoden der Diffamierung, Verleumdung,

Falschdarstellung, der Lüge, des Psychoterrors, der Ausgrenzung, der Isolierung an. Dabei arbeitete man kontinuierlich und flächendeckend, oft nach Art der Heckenschützen, ungesehen aus dem Hinterhalt. Seilschaften sind eben keine Lichterketten. Ich möchte davor warnen, nur nach dem spektakulären Einzelvorkommnis zu schauen. Vielmehr ist es die Summation vieler scheinbar kleiner Ereignisse, die erkennen läßt, was beabsichtigt ist. Wie versuchte man mich, uns auszugrenzen und zu isolieren? Das versuchte man bei mir erst einmal ganz direkt. Bereits im Juni 1990 werde ich gefragt, wann ich das Institut zu verlassen gedenke, wohlgermerkt nicht, ob ich es zu verlassen gedenke, sondern ich durfte mir großzügigerweise aussuchen, ob in der 1., 2. oder 3. Entlassungswelle. Völlig überrascht glaubte ich, meinen Ohren nicht zu trauen. Als Frau mit der höchsten Qualifikation ohne SED-Vergangenheit und an der Spitze der Erneuerung stehend gab es für mich nicht den geringsten Grund, darauf einzugehen. Aber von diesem Zeitpunkt an wurde mir klar, worauf ich mich künftig einzustellen hatte. Seit Mai 1990 sind die Demokraten im Institut abgemeldet. Sie werden systematisch draußen gelassen. Bei allen Gelegenheiten ist unser Rat nicht gefragt, obwohl wir uns mehrfach anbieten. Wir werden kaum einbezogen in Verhandlungen, Gespräche, Einladungen, Veranstaltungen, Entscheidungen und erfahren auch so gut wie nichts davon. Auf mein Bewerbungsschreiben im Herbst 1990 für den Posten des Fachgruppenleiters Volleyball erhalte ich nicht einmal eine Antwort. Wir werden bewußt ferngehalten, als Abgeordnete des Sportausschusses des Bundestages in Leipzig weilten. Man unterschlägt die Einladung des Sportausschusses des Bundestages an uns. Wir erzwingen die Teilnahme und erhalten Gelegenheit zur Diskussion. Das alles findet bei mir dann auch seine Entsprechung auf fachlichem Gebiet. Im Vorfeld der abzuschließenden Zeitverträge im Sommer 1991 wechselt keiner der Verantwortlichen auch nur ein Wort mit mir über mögliche Bearbeitung. Man behandelt mich wie nichtexistent. 1992 erhalte ich nicht die erforderlichen Informationen zu meiner Arbeit, verabredete Zuarbeiten bleiben aus. Man vergißt mich auf der Liste der einzureichenden Projekte 1993, usw.

Zurück zu 1991: Im Herbst bewarb ich mich für eine leitende Tätigkeit für das neue Institut. Auch hier berichtet man über Rufmord im Vorfeld der Bewerbung in den Sportverbänden. Im Dezember 1991 finde ich mich ohne Rücksprache als einfacher Mitarbeiter in einer anderen Fachgruppe, in der ich mich nicht beworben hatte, wieder. Fast wäre ich in die Arbeitslosigkeit gedrängt worden. Die Stellen waren ja inzwischen alle schon besetzt. Übrigens wurde nicht eine Frau auf eine der 23 Stellen genommen. Als ich dann noch den Äußerungen zweier Personen so ganz zufällig entnehme, die miteinander nichts zu tun hatten, daß ich ganz offensichtlich nur für ein Jahr vorgesehen bin, ist alles klar. In meiner Verzweiflung wende ich im Januar 1992 mit einem Brief an den Sportausschuß des Deutschen Bundestages

und schildere die Situation. Wie recht ich leider hatte, zeigte sich ein Jahr später. Es traf alles ein, wie vorhergesagt. Politische Diffamierungen sind bereits länger im Gange. Zum Presseball 1991 in Bonn und zum gleichen Zeitpunkt in Leipzig verbreitet man, daß ich Stasi bin. Im November 1991 werden wir einem Vertreter des BMI gegenüber als ungeeignet für die Integritätskommission zur Auswahl der Mitarbeiter am Institut bezeichnet. 1992 geht es weiter. Im Februar 1992 werden von einem Vorstandsmitglied des Trägervereins, also unserem Vorgesetzten, diskriminierende Bemerkungen zur Demokratisierungsgruppe und zu meiner Person gemacht und zwar in einem offenen Brief an den Sportausschuß des Bundestages. Darin äußert man z. B., die von uns ins Leben gerufene Demokratisierungsgruppe sei nie gewählt worden. Das stimmt. Diese Gruppe bildete sich aus einer moralischen Verantwortung heraus. Sie erhob zu keiner Zeit den Anspruch, ein gewähltes Gremium zu sein. Durch eine Wahl legitimiert zu werden, wäre zum damaligen Zeitpunkt bei der Besetzung des Instituts völlig unmöglich gewesen. Aber was für eine Haltung dahintersteckt, hinter diesem Anwurf, das kann man sich ja denken. Weiter behauptet er, wir wären vom alten Leiter des Instituts beraten worden, später sagte man sogar, eingesetzt. Das stimmt nicht. Im Septemberheft 1992 der Sportzeitschrift „Kondition“ geht Dr. Engelhardt, ein junger Arzt aus den alten Bundesländern, noch weiter. Er wird dort folgendermaßen zitiert: „Von den Kritikern waren einige selbst als Stasi-Führungskräfte vorgesehen“. Gemeint sind die Mitglieder einer Demokratisierungsgruppe am IAT, die Bedenken gegen die Übernahme einiger FKS-Wissenschaftler geäußert haben, gemeint sind eindeutig wir. Auf unsere scharfe Intervention hin stritt er uns gegenüber dann ab, dies gesagt zu haben oder der Zeitung gegenüber. Aber öffentlich ist bis heute meines Wissens nichts zurückgenommen worden. Auch 1993 gehen diese politischen Diffamierungen weiter mit einem anonymen Brief in Form eines öffentlichen Aushangs im Institut, in dem man die Belegschaft in Kopplung mit Arbeitsplatzangst gegen Dr. Schumann und mich zu Unterschriften bewegen wollte. Durch unlautere Argumentation versucht man dort Fronten aufzubauen und brachte auch Kollegen in Gewissenskonflikte. Ich war übrigens schon aus dem Institut zu diesem Zeitpunkt.

Und nun zu den fachlichen Diffamierungen: Zum politischen kommt der fachliche Rufmord. Den möchte ich Ihnen zum Schluß noch am Beispiel meiner Kündigungsproblematik darlegen. Hier wird es nämlich richtig spannend. Wir haben am Institut eine projektgebundene Forschung. Wenn ein Projekt wegfällt, kann man – muß man nicht – eine Bedarfskündigung aussprechen. Ich habe ein Projekt von 1993, das hochaktuelle Fragen der Sportspielpraxis aufgreift. Das wird jeder Fachmann bestätigen. Es entstand in Zusammenarbeit mit einer Bundesligamannschaft. Der Präsident dieses Verbandes sagt mir bei einem Besuch Anfang Dezember 1990 seine volle Unterstützung zu, er

will es gleich per Fax am nächsten Tag bestätigen. Statt dessen erhalte ich einen Brief, in dem er plötzlich voller Bedauern seine Zusage zurücknimmt. Ich weiß verbindlich, daß hier eine Außeneinwirkung auf den Präsidenten erfolgte. So bringt man von einem Tag zum anderen mein Forschungsprojekt zu Fall. Dieser Wegfall wird mir von zwei Leitern auch als Hauptargument für meine Kündigung genannt. Interessanterweise behindert man genau ab diesem Zeitpunkt die Verteilung der von mir erarbeiteten Olympianalyse mit Schwindeleien. Ich klage gerichtlich gegen die Kündigung. Jetzt kommen offensichtlich Bedenken, man könnte die wahren Gründe der Kündigung aufdecken. Nun bricht in der ersten Februarhälfte eine konzertierte Aktion seitens des Instituts los, die ihresgleichen sucht. Man verschickt Briefe an den Sportausschuß des Bundestages, das Bundesinnenministerium, den Rektor der Universität Leipzig usw., wie man sie perfekter kaum abfassen kann, wenn man den Ruf eines Menschen vernichten will. Diese angeführten Gründe werden noch ergänzt durch gerichtliche Unterlagen. Aus dieser Vielfalt greife ich nachfolgend nur einige heraus. Interessanterweise stand auch nicht einer dieser Gründe, die jetzt Wochen danach nachgereicht werden, vorher zur Diskussion. Dieser Wechsel sowie die Vielfalt der Kündigungsbegründungen wirken ausgesprochen unglaublich. Erste Behauptung: Mir fehle es an fachspezifischen Voraussetzungen, ich könne nicht praxisorientiert arbeiten, man zweifelt meine fachliche Eignung an. Ich habe das im Komplex aufgefaßt. Ich verweise nur auf gute und sehr gute Gutachten, darunter von sehr namhaften Wissenschaftlern, die im Verlauf von 20 Jahren über meine wissenschaftliche Leistungsfähigkeit und erbrachten Leistungen abgegeben wurden. Ich verweise auf das unter meiner Leitung erarbeitete Fachbuch, das in sechs Auflagen erschien, in über 55.000 Exemplaren aufgelegt wurde, über 15 Jahre auf dem Markt war, in mehrere Sprachen übersetzt wurde und zur Standardliteratur an westdeutschen Hochschulen und Universitäten in der Sportlehrerausbildung zählt. Ich verweise auf meinen wissenschaftlichen Werdegang, der wohl zur Genüge meine jahrzehntelange praxisorientierte wissenschaftliche Arbeit im Sport widerspiegelt. Er zeigt Breite und Vielfalt der Tätigkeiten und Themen der eigenen sportpraktischen Arbeit, der Arbeit in ehrenamtlichen Gremien und Funktionen. Plötzlich soll man das alles nicht mehr können. Aus fachlicher und leistungsmäßiger Sicht, das ist die zweite Behauptung, konnte ich meinen Aufgaben nicht gerecht werden. Wie ich es überhaupt geschafft habe die Jahre, weiß ich gar nicht. Tatsache, man veranlaßt mich in der Fachgruppe im April 1992 zu einem Wechsel aus meiner Spezialsportart in andere Sportspiele, überträgt mir andere Aufgaben, so daß ich folgerichtig die mir im Februar 1992 selbst gestellten Aufgaben beim besten Willen nicht wie vorgesehen durchführen konnte. Z. B. mußte ich Abstand nehmen von der mit dem Bundestrainer im Volleyball im März getroffenen Vereinbarung für das zweite Halbjahr 1992. Aber daraus zu folgern, ich hätte meine Aufgaben nicht erfüllt, ist wohl mehr als sadistisch. Übrigens erhielt ich auf alle meine 1992

abgelieferten Arbeiten positive Reaktionen, z. B. allein von Vertretern von 5 Sportspielverbänden. Dritte Behauptung: Ich hätte mich auf zwei Leiterstellen beworben. Tatsache: Eine glatte Lüge. Aber damit sollte der Eindruck erweckt werden, man hätte mich auf beiden Stellen nicht genommen. Ich hatte mich nur auf einer beworben. Die vierte Behauptung: Ich hätte seit meinem Weggang aus der ehemaligen DHFK an das FKS nicht mehr in der Sportspielmethodik bzw. Sportspielforschung gearbeitet. Tatsache: glatte Lüge. Ich ging nämlich von der DHFK weg, weil ich als Forschungsgruppenleiterin Volleyball an das FKS berufen wurde. Noch 1984 legte ich eine Analyse von zwei Sportspielverbänden vor.

Glauben Sie mir, ich könnte noch weiter fortfahren. Interessanterweise erhält der Leiter des Olympiastützpunktes Leipzig am Tage meiner ersten arbeitsgerichtlichen Verhandlung am 5.2.1993 einen anonymen Anruf. „Ihr Schweine, glaubt nicht, daß ihr schon gewonnen habt. Wir werden es euch schon noch zeigen“. Erst Fiedler, das traf ja nun bereits zu, ich hatte ja meine Kündigung, dann Schumann, er stand ganz kurz vor der Kündigung, dann Hartmann. Er ist noch drin.

Zum Abschluß möchte ich folgendes Fazit ziehen. Meine Absicht ist es nicht, mit meinen Darlegungen das Institut als Ganzes zu diskreditieren. Ich sage das ganz bewußt. Man kann ein Institut nicht mit den Kräften gleichsetzen, die das alles inszenieren bzw. zu verantworten haben, was ich auszugsweise schilderte. Wer fachlich Kompetenz hat und in umfassendem Sinn integer ist, den Sportverbänden hilft – ich wäre die letzte, die diese Kollegen um den Arbeitsplatz bringen will. Ich bin seit meiner Kindheit mit dem Sport verbunden und von ihm noch immer fasziniert. Es liegt wohl auf der Hand, daß man nach all den Vorkommnissen nicht mehr von Zufall sprechen kann, sondern daß hier ein zielgerichtetes Vorgehen von hoher Kontinuität zu verzeichnen ist. Und man muß zum wiederholten Male feststellen, es ist eine Absurdität, daß es im dritten Jahr der deutschen Einheit noch immer möglich ist, ausgerechnet die zwei Dozenten ohne SED-Vergangenheit kontinuierlich zu attackieren, sie in die Ecke der Belasteten zu stellen und sie ständig in Verteidigungsposition zu zwingen. Dafür, daß ich mich aktiv für die demokratische Erneuerung des Instituts einsetzte und zweitens mir auch erlaubte, einen Brief an den Sportausschuß des Bundestages zu schreiben, als ich das böse Spiel durchschaute, das man mit mir trieb, dafür erhielt ich als Quittung die Arbeitslosigkeit und dazu noch schlimme Verleumdungen politischer und fachlicher Art. Manche müßten wohl vor Scham in den Boden sinken.

Gesprächsleiterin Maria Michalk (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Dr. Fiedler. Das war wieder so ein Bild in unserer Vergangenheit, das einem immer wieder die Sprache verschlagen könnte. Jetzt gebe ich als letzter in dieser Runde Frau Storbeck aus Premnitz das Wort.

Eva-Maria Storbeck: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich muß erst einmal in meine Vergangenheit zurücktreten und einiges aus meinem Leben berichten. Ich wurde 1963 verhaftet wegen Staatsverleumdung, Verhöre in Halle und Merseburg habe ich hinter mir, das übliche Verfahren, Tag und Nacht unter Scheinwerfern. Es war nur schlimm, ich war schwanger. Und deshalb wurde ich auch nach vier Monaten entlassen, was ich vorher allerdings nicht wußte, ich war wirklich nur unter Angst gehalten. Ich wurde dann einem sozialistischen gestandenen Kollektiv einer Schule als Ungelernte übergeben. Schulbildung und Studium wurden mir aberkannt, ich kam als sogenannte asoziale Ungelernte in den Hort einer sehr gut angesehenen Schule. Ich begann von vorn – Erzieher, dann Erzieher mit Lehrbefähigung Musik. Ich hatte Glück, daß ich in einem bürgerlichen Elternhaus aufgewachsen war und mit Musik groß wurde, so daß ich durch meine Kenntnisse im Klavierspiel hier in den Unterricht eingesetzt wurde. Sogenannte Weiterbildungsveranstaltungen sorgten dann auch immer für den neuesten Stand. 1989 sorgten einige Kollegen dafür, daß wir in unserer Schule die Kaderakten einsehen konnten, ohne daß sie vorher ausgeräumt worden wären. Die Parteileitung hatte es nicht mehr geschafft, die Spuren ihrer Machenschaften ganz und gar zu vernichten. So erkannte ich, daß alle drei Monate über mich Beurteilungen angefertigt wurden. Einige, wahrscheinlich die besonders belastenden, waren entfernt worden. Ich konnte das aus dem zeitlichen Rhythmus entnehmen.

Ich möchte Ihnen bloß einmal einige Sätze daraus vorlesen: Aufgrund privater Verhältnisse und bisheriger Lebensführung war die Kollegin Schewe, so hieß ich damals, nicht in der Lage, einen Beruf zu erlernen. Sie muß sich bemühen, den eingeschlagenen Berufsweg beizubehalten, um ihrem Intelligenzgrad entsprechend eine Qualifizierung zu erstreben. Da ist ja direkt noch irgendwie ein Lob drin. Seit September 1970 nimmt Kollegin Schewe am Erzieherstudium teil. Sie zeigt hierbei großes Interesse, bringt gute Leistungen. Zu Kollegen, zu denen sie Vertrauen hat, ist sie aufgeschlossen und offen. Sonst verhält sie sich zurückhaltend und abwartend. Wir geben der Überzeugung Ausdruck, daß sie bei Konsequenz und Ausdauer das Studium erfolgreich abschließen wird. Das war, gelinde gesagt, wie eine Ohrfeige. Ich weiß nicht mehr, ob ich innerlich immer noch gehofft habe, das Urteil der Aberkennung meines erstens Studiums würde zurückgenommen werden. Ich kann das heute auch nicht mehr sagen, aus welchem Grunde immer. Jedenfalls habe ich das zweite Exemplar einer Hausarbeit anfertigen, also binden lassen und es ganz einfach noch einmal an diese Schule geschickt. Ich wollte dabei eigentlich nur eine Antwort erhalten, so daß ich später einmal sagen konnte, ich war an dieser Schule, sonst hätten die mir ja nicht geantwortet bzw. es wäre ein anderer Text zurückgekommen. Ich schrieb also, daß ich meine Hausarbeit habe binden lassen, und wirklich erreichte mich ein Antwortschreiben, das mir jetzt natürlich sehr von Nutzen ist. „Wir bestätigen den Eingang des zweiten

Exemplars Ihrer Hausarbeit und bitten Sie, uns das Gebundene usw... Ihr Antrag auf Aufhebung der Exmatrikulation ist bisher noch nicht entschieden“. So habe ich heutzutage wenigstens das in der Hand. Damit hatte ich den schriftlichen Beleg, daß ich an dieser Schule gelernt habe, und jeder weiß, daß eine Hausarbeit immer den Abschluß bildet.

Am 22. 10. 1971 fand meine damals achtjährige Tochter meinen 13jährigen Sohn tot auf. Er war an der Türklinke festgebunden, Indianer- und Stofftiere wie zu einem Tribunal aufgestellt. Ein Erhängen wäre in dieser niedrigen Höhe nicht möglich gewesen. Einschnürungen liefen um den ganzen Hals, obgleich er mit einem Seidenschal locker angebunden war. Ich habe sofort um eine Untersuchung gebeten. Der Arzt, Sportarzt war er damals, der sofort 1989 in den Westen verschwand, hatte aber nichts Eiligeres zu tun, als mich mit meiner kleinen Tochter, die völlig verstört war, in die psychiatrische Klinik Brandenburg-Goerden einzuweisen. Hier bekam ich Spritzen und schlief sehr viel. Ich erinnere mich, daß ich, als ich einmal zu mir kam, von einem weißhaarigen, sehr feinen, beinahe zerbrechlich wirkenden, älteren Mann im weißen Kittel angesprochen wurde. Er sagte wie in großer Eile mehrmals: „Sie wissen gar nichts, Sie wissen gar nichts“. Man möge mir verzeihen – jeder, der hier vielleicht Mediziner ist –, aber im ersten Moment habe ich gedacht, na ja, man hört ja öfter, wenn einer in solcher Anstalt ist, hat der auch einen leichten Schaden. So kam mir dieser Mensch vor. Ich wurde aber gleich eines Besseren belehrt. Es dauerte nicht lange und eine Kommission kam zur Tür herein, die sogenannte Visite. Die Fragen waren: „Wissen Sie, warum Sie hier sind? Was war denn los?“ usw... Jetzt habe ich beinahe automatisch reagiert. Ich wußte eben nichts, dabei blieb ich. Der Erfolg war, ich wurde kurze Zeit später entlassen. In Premnitz, wo ich wohne, sprach mich eine Krankenschwester an, die damals dabei war und sagte: „Sie müssen etwas unternehmen, da stimmt etwas nicht“. Also schrieb ich an die Kripo Berlin und erhielt folgendes Schreiben, natürlich wieder vom Ministerium des Innern: „Ihre Eingabe vom 1. 1. 1972 wurde zuständigkeitshalber an das Ministerium des Inneren zur Bearbeitung übergeben. Die von Ihnen geäußerten Zweifel an den ermittelten Ergebnissen der Volkspolizei Rathenow wurden zum Anlaß genommen, von hier aus eine gründliche Überprüfung einzuleiten. Nach Vorliegen des Überprüfungsergebnisses erhalten Sie abschließenden Bescheid“. Auf den warte ich immer noch. Allerdings kamen zwei Herren aus Berlin, und es war sehr viel Aufregung. Es begannen Verhöre, die mehr als Einschüchterungsversuche zu werten waren. Die Krone setzte ein Beamter aus Berlin auf, indem er sagte: „Wir haben so viele Besucher aus der Bundesrepublik, wie sollen wir da heute feststellen, wer sich an dem Kind vergangen hat?“ Diese Worte werde ich nie vergessen können. Eine schriftliche Antwort, wie gesagt, habe ich nicht erhalten. Inzwischen war ich geschieden und ging dann doch noch einmal eine Lebensgemeinschaft ein.

So wurde mein jüngster Sohn Heiko geboren. Meine Tochter versuchte, als sie 18 Jahre alt war, bei der Kripo Erkundigungen zum Tode ihres Bruders einzuziehen. Sie wurde bedroht und ernsthaft verwarnt, Ruhe zu geben. Sie sollte bedenken, wo sie schon einmal war. In der Schule hatte ich inzwischen den Musikunterricht der oberen Klassen an zwei Schulen übernommen, stand aber weiter ständig unter der Fuchtel dieser Leute, die einen demütigen und erniedrigen durften. Gängige Worte der Schulleitung waren z. B.: „Sie wissen doch, daß Sie sich zu bewähren haben. Vergessen Sie nicht, wo Sie waren“. Ein besonders schweres Erlebnis im Jahre 1985 steht mir noch vor Augen. Am 22.3. erkrankte mein Sohn an Paratyphus B. Salmonellen waren nachgewiesen, wir wurden also unter Quarantäne gestellt. Sein Körper war voller Roseolen, ein Typhusausschlag. Er hatte strenge Diät, nach Wochen kam er erst wieder auf die Beine. Ständige Kopfschmerzen quälten ihn aber weiterhin. Wir bekamen daraufhin die Aufforderung, ein EEG-Gutachten erstellen zu lassen. Am 4.12. entstand der erste EEG-Befund, der denkbar schlecht war, und darum wurde am 18.12. ein zweiter EEG-Befund erstellt. Nur ein Auszug daraus: „Es läßt sich nicht differenzieren, ob der EEG-Befund funktioneller Restzustand einer abgelaufenen Hirnschädigung oder Ausdruck eines floriden zelebralen Geschehens ist“. Und das heißt, ich habe mich erkundigt, blühendes, krankhaftes Gehirngeschehen. Der Junge wurde sofort ins Bezirkskrankenhaus eingewiesen. Später erklärte mir ein Arzt, daß ähnliche Anzeichen auch auftreten können, wenn ein Kind in großer Angst lebt, gequält wird oder ähnliches. Die Ärztin rief also die Schule an. Sie wollte wissen, aus welchen Verhältnissen das Kind kam, und erfuhr von der Klassenlehrerin, die gleichzeitig Parteileitungsmitglied war, die ganze Vergangenheit von mir. Ich bekam daraufhin einen Anruf am nächsten Tag, der Junge sei kerngesund, und ich solle ihn sofort abholen. Als ich im Krankenhaus dieser Frau Dr. Klein, Leiterin des Kinderbezirkskrankenhauses, gegenüber saß, wurde mir klar, wem ich ausgeliefert war. Den Jungen sah ich in einem schrecklichen Zustand durch eine Scheibe. Er weinte, hatte tiefe Schatten unter den Augen und zitterte, als die Ärztin auf ihn zukam. Später erzählte er mir, er mußte immer den Krankenhausflur entlang rennen, damit er sportlicher werden würde. Das kam daher, weil die Klassenlehrerin ausgesagt hatte, daß ich mich geweigert hatte, ihn in den Pioniersportbund zu geben dort, weil er eben körperlich noch so runter war. Mich hatte sie angeschrien, warum ich nicht ordentlich im Kollektiv lebe und stets versuche, mich abzusondern. Ich hatte nun damals kein Auto, ich war nicht würdig, eine Fahrerlaubnis abzulegen, sogar ein Mopedschein wurde mir verweigert mit den Worten: „Wo wollen Sie denn hin, nehmen Sie das Fahrrad“. Also mußte ich mit dem Jungen zum Bahnhof gehen und mit dem Zug nach Hause fahren. Ich bat in Premnitz den Kinderarzt um Medizin für das Kind, das ja immer noch seine Kopfschmerzen hatte. Er aber sagte nur, er habe spitze Ohren und allerlei über mich gehört. Ich solle mich gefälligst zu Frau Dr. Klein nach Brandenburg scheren, nur sie

würde den Jungen behandeln. Dieser Kinderarzt heißt Dr. Wohlgemuth, er ist komischerweise auch untergetaucht. Das Martyrium für den Jungen begann aber erst. Mir wurde von der Schulparteileitung befohlen, den Jungen zur Schule zu schicken. Jedesmal, wenn er Kopfschmerzen bekam, ließ ihn die gute Genossin 10 Kniebeugen machen, dreimal zehn im Klassenraum und einmal zehn auf dem Hof. Es war Ende Januar, der Junge hatte Fieber und Kopfschmerzen. Die Eltern der Mitschüler waren empört, sie verlangten von mir, ich solle Anzeige erstatten, aber ich konnte ja keinem sagen, daß das für mich gar nicht in Frage kam. Ich lief zur Direktorin, aber die ließ mich stehen und sagte, die Klassenlehrerin sei eine gute Lehrerin, sie will nur das Beste für Heiko. Nach der Paratyphuserkrankung hatte der Junge besondere Speisepläne zum Aufbau. Ich habe sie hier auch beigelegt. Also er bekam dann noch so besondere Medizin ans Essen und so etwas. Die Klassenlehrerin erklärte das als Unsinn, ließ zwei Schüler neben ihm sitzen, und er mußte das Schulessen schlucken. Diese Pädagogen sind alle noch im Dienst. Heiko hat oft vor Angst nachts geweint. Ich versuchte, ihn zu trösten und vor allen Dingen seinen Haß abzubauen. Es ist mir bis heute nicht gelungen.

Am 26.1.1986 wurde uns die Behandlung verweigert. Wir schafften es unter den obengenannten Quälereien bis zur ersten Ferienwoche. Am 14.2. Bahnfahrt nach Strausberg, wer die Strecke kennt, von Premnitz nach Strausberg, der weiß, was das bedeutete. Frau Dr. Wegener in Strausberg, die Kinderärztin, hat ihn sofort behandelt, und zwar wohnt dort meine Tochter. Er bekam sofort Faustan gespritzt. Diagnose: schwere Kopfgrippe.

Es kam 1989. Erste Demos, Forum-Treffen, Freudentaumel. Also mir kam alles wie ein Wunder vor. Ich hatte nur vergessen, daß aus Verbrechern nicht über Nacht gute Menschen werden. Obgleich ich einiges in diesem sozialistischen Paradies durchstehen mußte, war ich doch erschüttert von den Enthüllungen, die nun bekannt wurden. Der Friedensstaat hatte Terroristen ausgebildet, Tausende wurden verschleppt und sogar hingerichtet. Und da verstehe ich nicht, daß es heute Leute gibt, die sich über Ausschreitungen sogenannter Rechtsradikaler wundern. Aber die Verbrechen der Linken werden überhaupt nicht mehr erwähnt. Wo sind sie denn alle geblieben, die guten Staatsfunktionäre? Diese Leute hatten doch stets nur ein Ziel: Der Bundesrepublik zu schaden. Was schadet Deutschland wohl im Ausland mehr als ein wachsender Rechtsradikalismus? Sollte man sich da nicht auch einmal Gedanken darüber machen?

Ich ging Januar 1990 in die SPD, weil ich mir eingebildet habe, diese Partei ist neu gegründet, es werden auch neue Menschen dort sein. Dazu möchte ich nichts sagen. Ich ließ mich aufstellen, bekam in unserem Ort 1251 Stimmen, was eine ganze Menge ist bei so wenig Einwohnern, aber schon bei den Koalitionsverhandlungen wurde die Entwicklung, wie sie sich heute abzeichnet, eingeleitet. Ich wurde Amtsleiter für Kultur und Sport, ehemalige

Ratsmitglieder aus den Blockparteien führten die wichtigsten Dezernate. Als dann eine Zusammenlegung von Dezernaten erfolgte, wurden die Dezernenten mit einem Arbeitsvertrag auf die oberste Verwaltungsebene gehoben, und somit war mir als Amtsleiter auch ein Verwaltungshandeln verwehrt. Mein Dezernent gründete einen Dezernatshaushalt, so nannte er sich. Er kam in die Regie eines sogenannten Parteigruppenorganitors, früher stellvertretender Kreisschulrat usw. Der Mensch ist inzwischen Amtsleiter, also muß er sich da nicht mehr mit den Geldern herumplagen. Damit kamen gleichzeitig sämtliche Einrichtungen, die ja alle auf Geld angewiesen waren, natürlich auch mit ihren Anliegen zum Dezernenten. Er konnte jetzt also sagen: „Na bitte schön, die Menschen kommen alle zu mir, die wollen mit Ihnen ja gar nichts zu tun haben“. Inzwischen wurde ein Kunstverein aus ehemaligen Funktionären gebildet, dem sogar die entlassene Kreistagspräsidentin angehört. Der Sport ist auch aus dem Kulturamt genommen worden, im Großkreis wird es kein Kulturamt mehr geben. Was das für mich bedeutet, kann sich jeder denken, ich ahne es. Sehr viele unrechtmäßige Vorgänge, wie z. B. einmal die Vernichtung einer „Spiegel“-Spende von 1948–1989, die uns ein Bürger der alten Bundesländer hier übergeben hatte, durch die gestandene Leiterin einer Einrichtung zwingen mich eigentlich wieder, den Kampf aufzunehmen, denn da habe ich so richtig gespürt, welche politischen Machenschaften hinter Entscheidungen stehen können. Da werden Gelder, Landes- und Bundesförderungsmittel, verschleudert, und ich mache dem sogenannten Westen, den alten Bundesländern den Vorwurf, hier nicht genug Kontrolle auszuüben. Es darf nicht genügen, daß bloß irgendwelche schriftlichen Berichte zum Bundesamt oder wo auch immer hingehen. Man möchte doch bitte einmal kontrollieren, es wäre sehr wichtig. Ich habe – wie gesagt – keine Redeerlaubnis, ich bin im öffentlichen Dienst, ich darf also somit auch keinen Namen hier nennen und werde es auch nicht tun. Aber trotzdem glaube ich, wenn ein Haupt- und Personalamt von dem Leiter „Inneres“ geleitet wird und die ehemalige Kaderleiterin Sachgebietsleiter für Personalwesen ist, und der ehemalige Parteisekretär der Kreisverwaltung das Rechtsamt führt, dann braucht man darüber auch nicht mehr zu sprechen. Ich kann nur um Hilfe bitten, auf irgendeine Art. Vielleicht müßte die Bundesrepublik sich einmal überlegen, ob man nicht ein Gesetz erlassen könnte, daß wenigstens diese Leute im öffentlichen Dienst, wo sie von Steuergeldern bezahlt werden, nichts zu suchen haben. In der Wirtschaft müssen sie beweisen, daß sie was können, sonst gehen sie unter.

Vielleicht noch ein kleiner Nachtrag: Ich habe ein Telefonbuch mitgebracht, damit Sie einmal wissen, wie so etwas geht. Sie werden von einer Druckerei erstellt, es ist das dritte, das gibt es u. a. in Brandenburg und Rathenow. Da ist dann das Kulturamt bereits unter der Regie der Leiterin des Kreismuseums aufgeführt, jetzt PDS, ehemals SED-Funktionärin, hat früher Ausreisegenehmigungen erstellt, sogenannte Kunstsachverständige, Beruf: Staatsbürgerkun-

delehrerin mit Parteiaspirantur, und ich kann Ihnen auch einmal zur Freude, damit wir wenigstens noch einen lustigen Abschluß haben, das Thema der Doktorarbeit vorlesen (Sie gilt heute noch als Historikerin und wird als Akademikerin bezahlt.): „Die führende Rolle der Bezirksparteiorganisation Potsdam der SED beim weiteren Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der Zeit von der 25. Tagung der SED im Oktober 1955 bis zum V. Parteitag der SED im Juli 1958“. Wie gesagt, hier sind die Beweise.

Gesprächsleiterin Maria Michalk (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Storbeck. Selbst über das Letzte kann man nun gar nicht mehr lachen. Ich danke Ihnen besonders, daß Sie den Mut hatten, Ihre ganz persönliche Geschichte hier zu erzählen. Ich glaube, durch so etwas kann man erst richtig verstehen, warum uns diese Geschehnisse so tief in den Knochen stecken, wie wir so schön sagen.

Frau Barbe, bitteschön.

Abg. Frau Barbe (SPD): Ganz kurz zu Ihnen, Frau Storbeck: Wir haben das in Berlin ganz legal und offiziell, also in meinem Wahlkreis Hellersdorf-Marzahn sind natürlich in der Mehrheit PDS-Mehrheiten und demzufolge auch jeweils drei Stadträte, u. a. auch eine ehemalige Mitarbeiterin des Ministeriums für Volksbildung, die an der Erstellung von Mathematikbüchern beteiligt war und ganz öffentlich behauptet hat, sie hat natürlich von allem nichts gewußt und niemandem geschadet usw. Sie kennen ja die alte Leier. Aber jetzt zu Ihnen, Frau Tonndorf-Erke, ich habe einfach ein paar Nachfragen: Ist Ihnen die Liste bekannt, die mir auch zugeschickt worden ist vom Bürgerkomitee, eine Liste mit 22 belasteten Mitarbeitern im Arbeitsamt, und stimmt das so, wie es aufgeführt ist, mit den ehemaligen Funktionen und jetzigen Funktionen – trifft das zu? Zweitens: Trifft es zu, daß Ihnen ein Disziplinarverfahren von der jetzigen Direktorin angedroht worden ist und Ihnen unterstellt wurde, Sie hätten sich in irgendeiner Weise gegen das Arbeitsamt vergangen, und trifft es auch zu, daß, nachdem Sie sich darüber beschwert haben, daß das ja nicht zutrifft, daß diese Arbeitsamtsdirektorin das einfach stillschweigend zurückgenommen hat? Als drittes: Wie schätzen Sie die Äußerung von Herrn Maibaum ein? Ich empfinde sie als unzutreffend, blauäugig und naiv; alle, die aus der DDR kommen, konnten ja bei den Ausführungen bei Herrn Maibaum bloß den Kopf schütteln. Und die letzte Frage: Sie haben ja eine Qualifikation und sitzen, soviel ich das weiß, auf einer untergeordneten Stelle. Meiner Ansicht nach haben Sie eine höhere Qualifikation als sämtliche Leute da, diese 22 Leute, die hier aufgelistet sind und die dort in dem Arbeitsamt IX in Treptow hohe Funktionen erfüllen. Danke.

Sibylle Tonndorf-Ehrke: Ja, zumindest habe ich von der Qualifikation her den Dienstposten im Arbeitsamt IX, auf dem für mich keine Stasi-Überprüfung anfällt, weil ich noch nicht einmal Amtmann wäre. Also ich sitze auf einer V b/ A 9, das ist das Eingangsamt im gehobenen Dienst. Ich bin Vollakademikerin,